

MCH



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN JUGOSLAWIEN

BELGRAD, den 17. September 1973

Birčaninova 27
Postfach 817
Tel.: 646899

Ref.: 422.3. - KH/

on	<i>FK</i>					c/a
bp	<i>9.10.</i>					
Was	<i>PK</i>					<i>PK</i>
9. Okt. 1973						
Ref. <i>p. B. 19. 43. Yong.</i> (Stankovic)						

PK

VERTRAULICH

An die Politische Direktion
des Österreichischen Politischen
Departementes
3003 B e r n

p. B. 41. 71. Yong. (*Stankovic*) ✓

p. B. 15. 21. Yong. ✓

p. B. 23. 22. Yong. (*Cernej Tomaz*) ✓

Jugoslawische Spitzelaffäre

Herr Botschafter,

Nach meiner Rückkehr aus der Schweiz habe ich Botschafter Pekic (P), Direktor der Westeuropaabteilung im Aussenministerium, am 14. d.M. aufgesucht, um ihm, wie er es gewünscht hatte, unsere Auffassung vom neuesten Stand dieser Angelegenheit zu schildern. Ich erklärte, bis auf weiteres sei die Sache Gegenstand des laufenden gerichtlichen Verfahrens, dessen Ergebnis nun abgewartet werden müsse.

Auf P's Frage, ob ich ihm inoffiziell, und rein persönlich, eventuell die vorzeitige Abberufung des fehlbaren Konsularbeamten nahelegen könnte ("um unnötige Weiterungen zu vermeiden"), erwiderte ich, dass eine solche Massnahme sich namentlich für den durchaus möglichen Fall als nützlich und entlastend erweisen könnte, dass die gerichtliche Untersuchung den Beamten erheblich belasten werde; in welchem Ausmass das zutreffen werde, könne man noch nicht beurteilen; ich müsse es deshalb dem bewährten Geschick der hiesigen Behörden überlassen, wie sie weiter vorzugehen hätten. Ich liess also deutlich durchblicken, dass Belgrad sich mit einem sofortigen Rückruf gegebenenfalls neue Unannehmlichkeiten und vor allem (das ist hier besonders wichtig) neue Prestigeverluste ersparen könnte.



- 2 -

Da P mir schon im August gesagt hatte, der fehlbare Vizekonsul sei ungeschickt vorgegangen und habe es an Umsicht fehlen lassen, sollte es dem Aussenministerium nun eigentlich nicht allzuschwer fallen, meiner indirekten Anregung zum Rückruf Folge zu leisten. Das Ministerium dürfte dabei allerdings mit andern hiesigen Stellen in Konflikt geraten, und wer dahin gewinnt, ist nicht leicht vorauszusehen. Allerdings ist das Belgrader Aussenministerium auch innenpolitisch relativ stark, was in einem solchen Fall entscheiden kann.

Ich habe sodann nicht verfehlt, P auch mitzuteilen, dass mir in der Schweiz zu meiner Ueberraschung Gerüchte über neue Versuche Belgrads zur besseren Kontrolle jugoslawischer, in der Schweiz tätiger Firmen zugetragen worden seien. Ich gab meiner bestimmten Erwartung Ausdruck, dass es sich dabei nur um falsche Gerüchte handle, und machte P allen Ernstes darauf aufmerksam, wie bedrohlich sich die Lage verschlechtern würde, sollten tatsächlich neue Versuche zur Bespitzelung festgestellt und damit unsere guten Beziehungen noch mehr geschädigt werden, als er bedauerlicherweise bereits geschehen sei. Ich bat P, der erklärte, keine Ahnung von neuen "Aktionen" dieser Art zu haben, dringend, meine Warnung an die allenfalls verantwortlichen Stellen weiterzuleiten. Er versprach mir, dies sofort zu tun und fügte bei, ich könne darauf zählen, dass er, soweit es ihm möglich sei, neues Unheil zu verhindern trachten werde.

Auch wir könnten noch zur Verhütung neuer Schwierigkeiten beitragen. Nicht nur der Chef der Bundespolizei, Herr Dr. Amstein, sondern auch zwei Mitglieder des Bundesrates haben mir in Bern dieser Tage im vertraulichen Gespräch gesagt, man könne in guten Treuen verschiedener Meinung darüber sein, ob das offizielle Communiqué, das, obwohl es dank der Intervention von Generalsekretär E. Thalmann nur in verkürzter Version veröffentlicht wurde, hier so heftige Reaktionen auslöste, wirklich opportun und unseren Beziehungen

zu Jugoslawien angepasst war. Nachdem Belgrad offenbar bereit ist, einen angemessenen Preis für die baldige Bereinigung der Affäre zu zahlen, wäre es meines Erachtens angezeigt, auch auf unserer Seite, und zwar in erster Linie seitens unseres Departementes, einzuschreiten. Vor allem sollte das EPD nicht wieder zulassen, dass eine für unsere Beziehungen zu Jugoslawien wichtige Angelegenheit ~~so~~zusagen ohne unsere Mitwirkung von einem anderen Departement behandelt und uns erst sehr spät noch schnell Gelegenheit zu einer Stellungnahme geboten wird, mit dem Resultat, dass es nur im letzten Moment und mit grösster Mühe gelang, einen Teil des Schadens zu verhüten. Irgendwelche neuerliche offizielle Publizität sollte deshalb nur im Einvernehmen mit dem EPD, wenn möglich sogar durch Einschaltung unseres EPD-Presse-dienstes zugelassen werden. Bei Bedarf bin ich selbstverständlich zur Mitwirkung bereit. Es wäre schade, wenn wir mangels genügender Koordinierung nochmals erleben müssten, dass eine fragwürdige Pressepolitik unsere Beziehungen zu Jugoslawien erneut unnötig beeinträchtigt.

Ich sehe Ihrer Rückausserung mit grossem Interesse und erneutem Dank für Ihre Bemühungen entgegen und versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER



PS: vom 19. September. Soeben teilt mir das Aussenministerium mit, der fehlbare Vizekonsul sei abberufen worden (siehe meine heutige Meldung auf besonderen Weg).